

Wissenschaftliche Begleitung des
Qualitätsentwicklungsprozesses

„Qualitätsentwicklung in der Praxis unterstützen: Kommunale Qualitätsdialoge Frühe Hilfen“

- Kurzbericht zu den Ergebnissen der Interviews mit DezernentInnen -



Die wissenschaftliche Begleitung wurde im Auftrag des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) aus Mitteln der Bundesinitiative Frühe Hilfen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Das NZFH wird getragen von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI).

Nationales Zentrum
Frühe Hilfen 



*Institut für
Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung GmbH,
Saarbrücken*

Inhalt

Hintergrund und Erkenntnisinteresse	3
Zielgruppe der Interviews	3
Auswahl der Kommunen und Rekrutierung der InterviewpartnerInnen.....	4
Thematische Schwerpunkte der Interviews.....	4
Umsetzung der Interviews	5
Ergebnisse	5
Präsenz des Themas Frühe Hilfen auf der Ebene von DezernentInnen	5
Regelungen der Zuständigkeit für die Frühen Hilfen in den Kommunen.....	6
Positionierung und Stellenwert der Frühen Hilfen auf der politischen Ebene	6
Zusammenfassung der Ergebnisse: Rahmenbedingungen und Unterstützungsbedarfe zur Weiterentwicklung der Frühen Hilfen.....	7

Hintergrund und Erkenntnisinteresse

Eine frühe Erkenntnis in der Umsetzung des Qualitätsentwicklungsprozesses „Qualitätsentwicklung in der Praxis unterstützen: Kommunale Qualitätsdialoge Frühe Hilfen“ (QDFH) war, dass die Frage der politisch-strukturellen Verankerung der Frühen Hilfen und der Netzwerke Frühen Hilfen in den Kommunen für die Akteure der Netzwerke ein bedeutendes Thema der Qualitätsentwicklung ist. Als eines der Themenfelder des Qualitätsrahmens Frühe Hilfen wurde es in Cluster 5 der QDFH als ein Schwerpunktthema von Qualitätsentwicklung bearbeitet.

Bestätigt wurde dies durch erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der QDFH. Bereits in der ersten Erhebungswelle nach Beginn der QDFH (Interviews mit Koordinierenden der Netzwerke Frühe Hilfen und Steuerungsverantwortlichen und Online-Befragung der Akteure in den Kommunen) war ein wichtiges Ergebnis, dass die Möglichkeiten zur qualitativen Weiterentwicklung der Frühen Hilfen und zur Sicherung ihrer nachhaltigen Wirksamkeit stark von ihrer Positionierung und Bekanntheit auf der politischen Entscheidungsebene abhängen. Eine der in diesem Zusammenhang direkt geäußerten Wünsche bzw. Bedarfsanzeigen war, verstärkt auch die politische Ebene in den Kommunen als direkte Zielgruppe seitens des NZFH in den Blick nehmen.

Die zentrale Erkenntnisfrage, die aus dem Qualitätsentwicklungsprozess hervorging war: „Wie können Frühe Hilfen und Qualitätsentwicklung nachhaltig in den Kommunen verankert, gesichert und finanziert werden?“ Sie war Anlass und Ausgangspunkt für die Entscheidung, zur Ergänzung der bereits vorgesehenen Erhebungen der wissenschaftlichen Begleitung auch Interviews mit Steuerungsverantwortlichen der Frühen Hilfen auf übergeordneter strategisch-politischer Ebene durchzuführen.

Der vorliegende Kurzbericht fasst die wichtigsten Erkenntnisse und Ergebnisse zu dieser Fragestellung zusammen. Im Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung zu den QDFH, der Ende 2021 vorgelegt wird, werden diese Ergebnisse noch einmal vertiefend und im analytischen Gesamtkontext der QDFH und der in ihnen bearbeiteten Themen dargestellt.

Aufgrund der begrenzten Menge an geführten Interviews ist klar, dass die hier vorgestellten Ergebnisse vor allem qualitativen Charakter haben. Übertragbar auf die Frage der politischen Verankerung der Frühen Hilfen insgesamt in den Kommunen sind sie vor allem in dem Sinne, dass sie ein Spektrum möglicher Faktoren auffächern, die für die Realisierung dieses Zieles relevant sind und Hinweise auf weitere Forschungsfragen liefern, die gegebenenfalls in umfangreicheren Forschungsdesigns bearbeitet werden könnten.

Zielgruppe der Interviews

Zielgruppe der Interviews waren politische Steuerungsverantwortliche mit Zuständigkeit für die Frühen Hilfen in 10 ausgewählten Kommunen. Nach der grundlegenden Verwaltungsstruktur in den meisten Kommunen waren dies die Leitungen der jeweiligen Dezernate oder Fachbereiche. Sie sind in verschiedenen Kommunen teilweise unterschiedlich benannt und heißen meist Dezernentin oder Dezernent, Beigeordnete/r oder gelegentlich auch Bürgermeister/-in. Der Einfachheit halber werden sie nachfolgend immer als Dezernentin/Dezernent bezeichnet.

Ihnen gemeinsam - und das ausschlaggebende Kriterium für die Auswahl der Interviewpartner/-innen - ist, dass sie von den politischen Gremien der Kommune (in der Regel dem Stadtrat oder Kreistag) in ihr Amt gewählt wurden und eine wichtige Schnittstellenfunktion zwischen der kommunalen Verwaltung

(d.h. den Ämtern und Fachdiensten) und der Politik innehaben. In dieser Funktion üben sie in der Regel in ihrem Zuständigkeitsbereich einen maßgeblichen Einfluss auf politische Strategien und Entscheidungsprozesse – so etwa auch auf die qualitative Weiterentwicklung der Frühen Hilfen - in ihren Kommunen aus.

Auswahl der Kommunen und Rekrutierung der InterviewpartnerInnen

Nach den Vereinbarungen sollten insgesamt 10 Interviews mit Dezernentinnen/Dezernenten oder vergleichbaren Verantwortlichen durchgeführt werden. Vorgabe für die Auswahl der Kommunen war, dass 5 aus dem Kreis der an QDFH teilnehmenden Kommunen stammen, weitere 5 sollten Kommunen sein, die nicht an dem Programm teilnehmen.

Weitere Auswahlkriterien waren, dass ländliche und städtische Kommunen vertreten sein sollten und eine Mischung anhand soziostruktureller Indikatoren angestrebt wurde. Berücksichtigt wurden hierbei insbesondere die Fläche/Bevölkerungsdichte, die Kinderarmutsquote, SGB 2-Quoten und der Anteil an Haushalten mit niedrigen Einkommen.

Der **Zugang** zu den Kommunen und den Dezernentinnen/Dezernenten erfolgte meist zunächst über die Netzwerkkoordinierenden in den ausgewählten Kommunen, in Einzelfällen auch direkt über das jeweilige Büro der DezernentInnen. Ergebnis der Auswahl und Anfragen war, dass schließlich folgende Kommunen teilnahmen:

Aus dem Kreis der QDFH-Kommunen: Bremerhaven, Dortmund, Dresden, Landkreis Oder-Spree, Landkreis Rotenburg (Wümme).

Die anderen, nicht an den QDFH teilnehmenden Kommunen waren: Landkreis Elbe-Elster, Halle an der Saale, Landkreis Lüchow-Dannenberg, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Regionalverband Saarbrücken.

Thematische Schwerpunkte der Interviews

Zur Durchführung der Interviews wurde ein Frageleitfaden entwickelt. Übergeordnete, generelle Leitfrage des Leitfadens war: *Wie können Frühe Hilfen und Qualitätsentwicklung nachhaltig in den Kommunen verankert, gesichert, weiterentwickelt und finanziert werden?*

Spezifischere Leitfragen bezogen sich auf die Aspekte:

- Regelungen der Steuerungsverantwortung auf der Ebene der Verwaltung und der politischen Entscheidungsebene für die Angebote der Frühen Hilfen (Jugendhilfe und Gesundheit) und für das Netzwerk Frühe Hilfen,
- Stellenwert und Gewichtung von Prävention in Jugendhilfe und Gesundheitsförderung,
- Stellenwert der Frühen Hilfen auf der politischen Ebene,
- Möglichkeiten zur Unterstützung des Netzwerks Frühe Hilfen in seinen Aktivitäten zur Qualitätsentwicklung,
- Bedarfe zur Weiterentwicklung der Frühen Hilfen in den kommenden Jahren und hierfür notwendige Rahmenbedingungen,

- Bedarfe und Wünsche zur Unterstützung bei der Weiterentwicklung der Frühen Hilfen.

Umsetzung der Interviews

Die Interviews wurden im Wesentlichen zwischen Januar und März 2021 durchgeführt. Die Interviewdauer variierte zwischen einer halben Stunde (in einem Fall) und bis zu 1,5 Stunden. Sie wurden telefonisch oder mit einem der gängigen Videokonferenzsysteme umgesetzt.

Ergebnisse

Präsenz des Themas Frühe Hilfen auf der Ebene von DezernentInnen

Insgesamt wurde in den Interviews deutlich, dass es unter den befragten Personen auf der Ebene der Dezernatsleitungen eine sehr unterschiedliche Nähe zur Thematik der Frühen Hilfen und damit einhergehend verschiedene Grade der Informiertheit über sie gibt. Manche der InterviewpartnerInnen waren sehr gut, teilweise bis in Detailfragen, über die Frühen Hilfen in ihrer Kommune informiert. Bei anderen war eher eine größere Informationsdistanz zur Thematik erkennbar, ohne dass dies jedoch mit einer geringeren Wertschätzung für die Frühen Hilfen verbunden gewesen wäre. In der Regel ging der Grad der Nähe und Informiertheit einher mit einer mehr oder weniger großen Nähe zu den operativ zuständigen Personen in der Verwaltung (Jugendamtsleitungen, Sachgebietsleitungen, Koordinierenden der Frühen Hilfen) und der eigenen Beteiligung an Gremien und Formaten der Netzwerke Frühe Hilfen (Teilnahme an Steuerungsgruppen, Teilnahme an – in der Regel größeren – Netzwerktreffen und Veranstaltungen – wie z.B. jährlichen Fachtagen der Netzwerke – teilweise mit aktiven, eigenen Beiträgen).

Im Interviewsample standen die beschriebenen Unterschiede offenbar mit mehreren Faktoren in Zusammenhang und zwar:

- Mit den jeweiligen fachlichen Hintergründen und der Intensität der Beschäftigung mit dem Thema in den Tätigkeiten der InterviewpartnerInnen vor Übernahme der Funktion in der Verwaltungsspitze (z.B. frühere Jugendamtsleitung vs. Jurist).
- Mit der Dauer der Zuständigkeit für den Bereich der Jugendhilfe (und/oder Gesundheit). Nur bei dem entsprechenden fachlichen Hintergrund (vgl. oben) spielte dies keine wesentliche Rolle.
- Mit der Größe der Kommune, gemessen an der Bevölkerungszahl. In Großstädten besteht offenbar meist eine größere Distanz zwischen den Dezernatsleitungen und der Fachebene als in (weniger bevölkerungsreichen) Landkreisen oder kleineren Städten. Ein Zusammenhang besteht hier vermutlich mit der möglicherweise größeren Fülle an Zuständigkeiten und höheren Komplexität von Steuerungsaufgaben von DezernentInnen als Leitungen einer personell umfangreicheren und organisatorisch komplexeren Verwaltungsstruktur in größeren Städten. Die Notwendigkeit der Aufgabendelegation ist in diesen „großen“ Kommunen offenbar noch ausgeprägter als in Kommunen mit einer geringeren Bevölkerungszahl und einer weniger umfangreichen Verwaltungsstruktur.
- Dem Engagement und Durchsetzungsfähigkeit von Jugendamtsleitungen, das Thema Frühe Hilfen offensiv auf der Dezernatsebene zu platzieren und darüber zu informieren.

Regelungen der Zuständigkeit für die Frühen Hilfen in den Kommunen

Grundsätzlich waren in den vertretenen Kommunen sowohl in einem Dezernat gebündelte Zuständigkeiten für die Frühen Hilfen (mit den Handlungsfeldern Jugend und Gesundheit) vorzufinden als auch eine Aufteilung der Zuständigkeiten in zwei Dezernate. Aus den Darstellungen kann man nicht den Schluss ziehen, dass eine der beiden Varianten für die Steuerung der Frühen Hilfen und der Netzwerke grundsätzlich vorteilhafter oder nachteiliger als die andere anzusehen ist.

Wichtiger als die Frage einer gebündelten oder geteilten Ressortzuständigkeit ist offenbar das Vorhandensein funktionierender und verbindlicher Austausch- und Abstimmungsstrukturen. Dies gilt sowohl innerhalb eines Dezernates und der ihm zugeordneten Fach- und Hierarchieebenen (also organisationsstrukturell betrachtet in vertikaler Richtung) als auch zwischen Dezernaten. In beiden Strukturvarianten wurde - bezogen auf die Frühen Hilfen - ebenso von sehr elaborierten, verlässlichen und zielorientierten Austausch- und Abstimmungsprozessen berichtet als auch von eher rudimentären, unregelmäßigen bzw. kaum auf die Frühen Hilfen fokussierten.

Klar wurde jedoch, dass bei einer aufgeteilten Ressortzuständigkeit die Bereitschaft der Verantwortlichen in beiden Zuständigkeitsbereichen, an den notwendigen Abstimmungsprozessen teilzunehmen sowie ein gemeinsames Interesse an dem Thema der Frühen Hilfen Voraussetzungen für eine kohärente Steuerung und Weiterentwicklung der Frühen Hilfen sind. Beides war in den erfassten Kommunen offenbar vorhanden, allerdings ist aus anderen Kommunen (außerhalb dieser Interviewstudie) auch bekannt, dass dies keineswegs immer gegeben ist und sich dort die Positionierung der Frühen Hilfen auf der politisch-strukturellen Ebene vergleichsweise schwieriger darstellt.

Die Frage, ob Aspekte wie höhere oder geringere Ressourcenerfordernisse bei einer Vereinigung der Zuständigkeiten in einem Dezernat versus der Aufteilung in verschiedene Dezernate eine relevante Rolle spielen, die eindeutig für eine Bündelung der Zuständigkeiten in einem Dezernat sprechen würden, konnte aus den geführten Interviews nicht beantwortet werden.

Positionierung und Stellenwert der Frühen Hilfen auf der politischen Ebene

Generell entstand aus den Interviews der Eindruck, dass die Bedeutung von Prävention auf der politischen Ebene heutzutage kaum noch grundsätzlich strittig ist. Dennoch wurde vereinzelt berichtet, dass der „Glaube an Prävention“ teilweise aber auch von der politischen Orientierung („Parteizugehörigkeit“) in Ausschüssen und Räten abhängt.

Von den meisten Interviewten selbst werden die Frühen Hilfen in einen umfassenderen strategischen und konzeptionellen Kontext gestellt und als ein wichtiger Baustein im Gesamtkontext der Unterstützung und Förderung von (benachteiligten) Kindern, Jugendlichen und Familien (Jugendhilfe, Familienhilfe, Gesundheitsprävention) sowie als ein Grundpfeiler eines umfassenden, präventiven Jugendhilfeansatzes angesehen. In einigen Kommunen werden sie (abhängig von dem Zuschnitt der Zuständigkeiten des Dezernats) sogar über die Jugendhilfe hinausgehend konzeptionell im Kontext von „Lebensversorgungsketten“ verortet, die alle Altersgruppen - von der Geburt bis ins hohe Alter - und alle Lebensformen von Bürgerinnen und Bürgern der Kommune mit ihren jeweiligen Unterstützungsbedarfen umfassen.

Dort, wo die Frühen Hilfen auf der Ebene der Dezernentinnen/Dezernenten stark präsent sind, wird teilweise bereits an der vertieften Einbettung der Frühen Hilfen in entsprechende übergreifende Konzeptionen gearbeitet oder dies ist in Planung bzw. Vorbereitung.

Insgesamt werden die Frühen Hilfen als ein auf der politischen Ebene eher positiv besetztes Instrument dargestellt. Als häufig noch ausbaufähig wird jedoch das Bewusstsein bei politischen Entscheiderinnen und Entscheidern beschrieben, dass Prävention nicht etwas ist, das man „auch tun kann“, wenn es finanzierbar ist, sondern etwas „das sich auszahlt“, indem spätere, meist kostenintensivere Interventionen oder Hilfen vermieden werden können.

Um den Stellenwert der Frühen Hilfen in den politischen Entscheidungsgremien zu sichern oder zu stärken, werden einige förderliche Maßnahmen von den interviewten DezernentInnen benannt. Im Fokus ihrer Hinweise steht, dass es erforderlich ist, die Frühen Hilfen in den politischen Gremien möglichst kontinuierlich in den Blick zu rücken, d.h. nicht nur dann, wenn zu ihnen formale Beschlussfassungen anstehen.

Eine wichtige Rolle spielt hierbei nach Ihrer Erfahrung eine häufige und regelmäßige Berichterstattung in den Gremien. Sie impliziert im besten Falle die Darstellung von Evaluationsergebnissen, Möglichkeiten über die Wirksamkeit der Frühen Hilfen und ihre konkreten positiven Wirkungen bei Familien und Kindern zu berichten sowie Empfehlungen zu ihrer permanenten Fortschreibung zu formulieren.

Wichtig hierbei - und damit für eine starke Positionierung der Frühen Hilfen auf der politischen Ebene insgesamt - ist zu berücksichtigen, dass in den politischen Gremien keineswegs überwiegend fachlich gut informierte Mitglieder vertreten sind. Die Berichterstattung zu den Frühen Hilfen bzw. generell ihre Darstellung in den Gremien ist deshalb variabel zielgruppengerecht zu gestalten, um alle EntscheidungsträgerInnen zu erreichen. Dies bedeutet, dass es möglich sein muss, für die einen eher „harte“ Fakten und Zahlen präsentieren zu können, während für andere eher nachvollziehbare qualitative Berichte, Fallbeispiele und „erzählende Wirkungsgeschichten“ die richtige Darstellungsform sind.

Ein weiterer zu berücksichtigender Faktor für die politisch-strukturelle Verankerung der Frühen Hilfen in kommunalen Strukturen ist v.a. für Landkreise relevant. Hier ist zu berücksichtigen, dass von finanzwirksamen Entscheidungen - so etwa auch, wenn es darum geht, unter Einsatz kommunaler Mittel Frühe Hilfen auszubauen und weiterzuentwickeln - immer auch die Städte und Gemeinden des Kreises betroffen sind, da sie über die Kreisumlage in der Regel den größten Teil der Haushalte der Kreise finanzieren. Häufig sind die BürgermeisterInnen der Städte und Gemeinden auch selbst in den politischen Entscheidungsgremien der Kreise vertreten. Mit ihnen existiert in den Landkreisen somit eine zusätzliche politisch-strukturelle Ebene, die zu berücksichtigen und einzubeziehen ist, wenn Frühe Hilfen weiterentwickelt und gestärkt werden sollen.

Zusammenfassung der Ergebnisse: Rahmenbedingungen und Unterstützungsbedarfe zur Weiterentwicklung der Frühen Hilfen

Die interviewten DezernentInnen thematisieren sowohl fachliche als auch strukturelle Rahmenbedingungen, die notwendig sind, damit die Netzwerke Frühe Hilfen in ihren Aktivitäten zur Qualitätsentwicklung der Frühen Hilfen weiterhin bzw. verstärkt unterstützt werden können. In ihnen bündeln sich auch in gewisser Weise die Kernaussagen der DezernentInnen, die vorangehend in diesem Kurzbericht dargestellt wurden, so dass ihre Darstellung und Erläuterung zugleich zur Zusammenfassung der Ergebnisse aus den mit ihnen geführten Interviews geeignet ist.

Ein wichtiges Thema und ein Kernaspekt der qualitativen Weiterentwicklung der Frühen Hilfen ist aus Sicht der DezernentInnen das **Finden von Zugängen zu schwer erreichbaren Familien** mit psychosozialen Belastungen, die durch die Inanspruchnahme Früher Hilfen unter dem Präventionsaspekt

besonders profitieren könnten. Als wichtiges Qualitätsentwicklungsthema steht dies auch auf der strategischen Steuerungsebene nahezu überall auf der Agenda, ohne dass auch schon von erfolgversprechenden Ansätzen berichtet wird. Vor diesem Hintergrund wird etwa die Möglichkeit eines geförderten Modellvorhabens zur Erprobung geeigneter Maßnahmen als wünschbare Unterstützung vorgeschlagen.

Eine wichtige Voraussetzung nicht nur zur Weiterentwicklung, sondern auch zum Aufrechterhalten der bestehenden Angebotsstrukturen ist die Verfügbarkeit von Fachkräften, sowohl in den Arbeitsfeldern der Gesundheitsförderung als auch den sozialpädagogischen Arbeitsbereichen der Jugendhilfe. Angesichts eines bereits verbreiteten und eher weiter zunehmenden **Fachkräftemangels** wird diese Voraussetzung häufig nicht mehr als sichergestellt angesehen. Dies betrifft nicht nur, aber besonders ausgeprägt, Kommunen in ländlichen Gebieten. Auch in dieser Hinsicht wurde von den DezernentInnen eher eine Bedarfsanzeige formuliert, als dass von eigenen Lösungsansätzen berichtet wurde.

Von Bedeutung für die Weiterentwicklung der Frühen Hilfen ist aus der Perspektive der Dezernatsleitungen auch die Möglichkeit, sich mit anderen (möglichst strukturell ähnlichen) Kommunen regelmäßig über Fragen der Qualitätsentwicklung austauschen zu können. Für die diejenigen DezernentInnen, deren Kommunen an den Qualitätsdialogen Frühe Hilfen teilnahmen, sind die Qualitätsdialoge hierfür ein gelungenes Beispiel, wie man im wechselseitigen Austausch und der gemeinsamen Bearbeitung von Themen für die eigenen Qualitätsentwicklungsaufgaben profitieren kann. Ihr Wunsch nach einer weiteren Unterstützung und Förderung einer möglichst verstetigten, **überregionalen Vernetzung der Akteure der Frühen Hilfen** schließt direkt an diese positiven Erfahrungen an. Aber auch von den Dezernatsleitungen der Kommunen, die nicht in die QDFH involviert waren, werden entsprechende Wünsche geäußert.

Als weitere förderliche Bedingung für die Weiterentwicklung und strukturelle Verankerung der Frühen Hilfen wird von den Dezernatsleitungen der Kommunen, die an den QDFH teilgenommen haben, eine Verstetigung bei der **Unterstützung der Qualitätsentwicklungsmaßnahmen**, die von den QDFH angestoßen wurden, vorgeschlagen - etwa in der Form einer weiteren (weniger intensiven) fachlichen Begleitung der neu begonnenen QE-Prozesse in den Kommunen. Generell wird vorgeschlagen, dass Innovationsvorhaben der Kommunen, wie z.B. die Entwicklung bedarfsbezogener, sozialräumlicher Steuerungsinstrumente, z.B. durch die Bekanntmachung anderorts möglicherweise bereits erprobter Beispiele oder das zur Verfügung stellen entsprechender Arbeitshilfen, unterstützt werden könnten.

Von einigen der interviewten DezernentInnen wird auch eine verstärkte direkte **Lobbyarbeit** für die Frühen Hilfen bei politischen EntscheidungsträgerInnen vorgeschlagen. Hierbei gehe es u.a. darum, sowohl die Bedarfe für Frühe Hilfen als auch ihre gesellschaftliche Relevanz (auch in volkswirtschaftlicher Perspektive durch Wirkungsnachweise, die sich auch finanziell darstellen lassen) forciert zu vermitteln und zwar insbesondere für diejenigen politischen EntscheidungsträgerInnen, die nicht bereits fachlich gut über die Frühen Hilfen informiert sind.

Generell wird dem NZFH eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der politisch-strukturellen Verankerung der Frühen Hilfen und der Netzwerke Früher Hilfen in den Kommunen zuerkannt wie diese Aussage einer Dezernentin verdeutlicht: „Das NZFH kann als angesehene Bundesinstitution mithelfen, dem Thema in den Kommunen noch mehr Gewicht zu geben“. Zwei Kernaufgaben des NZFH werden hierbei in den Mittelpunkt gestellt und zwar die wissenschaftliche Forschung sowie die direkte Unterstützung der Qualitätsentwicklung in den Kommunen. Folgende Aspekte - in der Form von Zitaten aus den Interviews - konkretisieren abschließend die hiermit verbundenen Wünsche aus Sicht der DezernentInnen:

- „Wissenschaftliche Begleitforschung schafft Sicherheit im Handeln. Dies ist eine nationale Aufgabe, das kann man kommunal nicht bewältigen.“
- „Wirkungs- und Begleitforschung wäre wichtig, um auch den Jugendämtern, Trägern und Kommunen Orientierung für Weiterentwicklung zu geben.“
- „Nützen würde auch eine Unterstützung bei der Übersetzungsarbeit und dem Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis: Die wichtige wissenschaftliche Basis muss in die praktische Arbeit vor Ort übersetzt werden.“
- „Hilfreich wäre Unterstützung bzgl. Bedarfsbestimmung, Wirkungsmessung, Monitoring und Evaluation sowie einfacher und prägnanter Berichterstattung für die Politik.“